
Joseph Meyer

Um - Denken

Das Bedingungslose
Grund-Einkommen

unter Berücksichtigung von
Beschäftigung, Energie und Geldsystem

Herausgeber:
V.o.G. VIVANT-Fraktion im Parlament der
Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

IMPRESSUM

© 2007 by Joseph Meyer, Klosterstraße 40, 4780 St. Vith (B)
 Alle Rechte vorbehalten
 ISBN 978-3-86712-013-5

Layout: Andreas Hock

Illustrationen innen: mit freundlicher Genehmigung durch
 den Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V.
 Bearbeitung der „falschen Kuh“ durch Hubert Schäfer

Umschlagillustration: Hubert Schäfer

Druck und Bindung: Grenz-Echo printing, Vervierser Straße
 97, 4700 Eupen (B) www.grenzecho.be

Printed in Belgium

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort von Günter Sölken	5
2. Einleitung	9
3. Weltweite Probleme, ihre Ursachen und ihre Lösung in Kurzfassung	11
4. Freie Bahn für die Wirtschaft	14
5. Fehleinschätzungen in Bezug auf die "Energie"	16
6. Fehleinschätzungen in Bezug auf das Euro- Geldsystem	26
7. Das Bedingungslose Grund-Einkommen - BGE	33
a) Geschichtlicher Hintergrund	33
b) Vorteile eines BGE	34
c) Notwendigkeit des BGE	37
d) Finanzierung des BGE	39
e) Das BGE und das Geldsystem	40
8. Der Volksentscheid – eine politische Notwendigkeit	46
9. Viel Positives zu: Klimaschutz durch Nullemissionspolitik – ohne Atomenergie!	49
10. Zusammenfassung	53
11. Schlussgedanken	55
12. Danksagungen	59
13. Bibliographie	61

1. Vorwort

Dass es so nicht weitergehen kann in der Politik, wissen die Menschen in Brüssel und Berlin ebenso gut wie die in Kalkutta oder Mexico-City. In einer Welt, die über einen Reichtum wie zu keiner Zeit zuvor verfügt, leiden aktuell immer mehr Menschen an Armut und Hunger. Das gilt sogar für unsere westliche Hemisphäre, die bislang die reichste auf diesem Globus war. Mag sein, dass die Menschen hier noch in ein für sie gespanntes soziales Netz fallen. Aber auch hier haben sie in verstärktem Maße Existenzängste, die angesichts der stetigen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der fantasielosen Politik unserer Regierungen nur zu verständlich sind.

Als Lösung kennen und propagieren die universitären Experten für dieses Thema, die Volkswirtschaftler, nur ein Rezept: Lohnzurückhaltung und mehr und länger arbeiten. Den Politikern empfehlen sie, Sozialleistungen weiter zu kürzen und diese an immer mehr Bedingungen zu knüpfen. In Deutschland z.B. an die Bedingung, Jobs zu Niedrigstlöhnen anzunehmen, selbst wenn diese weit unter den gewerkschaftlich ausgehandelten Tarifen liegen und auch dann, wenn diese in keiner Weise der Qualifikation des Bewerbers entsprechen.

Und die Politiker setzen diese Rezepte treulich um, in Großbritannien wie in Deutschland, in Frankreich, Spanien, Italien und wo nicht in unserem ehemals so reichen Europa?

Diese Politik ist ganz und gar nicht hinnehmbar, weil sie zu immer mehr Armut führt und zugleich auch die Leistungsfähigkeit der Unternehmen immer mehr schwächt.

Menschen, die erkannt haben, dass dieser Kurs in eine ökonomische und gesellschaftliche Sackgasse führt, wenden sich deshalb verstärkt alternativen Wirtschafts-

und Sozialkonzepten zu. Wie unter anderem dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, dessen Grundzüge und Funktionsweise der Autor dieser Niederschrift, Joseph Meyer, beschreibt.

Die Grundeinkommensidee basiert darauf, dass die Wirtschaft des 3. Jahrtausends aufgrund der technologischen Entwicklungsfortschritte höchste Produktions- und Wachstumsziele mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft erreicht. Wo der Mensch aber seinen Lebensunterhalt nicht mehr durch den "Verkauf" seiner Arbeitskraft befriedigen kann, muss die automatisierte Wirtschaft die Existenzsicherung der Menschen übernehmen.

Joseph Meyer belässt es nicht dabei, die Umsetzung der Grundeinkommensidee zu empfehlen. Er zeigt auch Wege auf, wie dies zu finanzieren ist. Alternative Wege, die auch in der inzwischen umfangreichen Grundeinkommensliteratur so nicht zu finden sind. Zum Beispiel zeigt er auf, auf welche (unvernünftige) Weise, das in Europa vorherrschende Modell der Finanzierung der Sozialen Sicherheit den Faktor Arbeit mit stetig wachsenden Kosten (so genannten "Lohnnebenkosten") belastet und gleichzeitig den Verbrauch von Energie subventioniert.

Ein anderer Problemkreis, den Joseph Meyer hier behandelt, betrifft die Wirkungsweise unseres Geldsystems, insbesondere der Mechanik von Zins und Zinseszins. Dass das Geld heute zum Maß aller Dinge geworden ist, dass auch die "Produktion" von Geld via Währungs- und Aktienspekulation für viele Unternehmen längst zur zentralen Aufgabe geworden ist, hinter der die ursprünglichen Geschäftszwecke, den Menschen hochwertige Güter und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, längst in den Hintergrund getreten sind, hat enorme Auswirkungen – und fast alle sind gesamtwirtschaftlich negativ.

Joseph Meyer zeigt die verhängnisvollen Wirkungsmechanismen auf. Es ist an uns allen, uns eine Meinung darüber zu bilden, ob dieses System nicht in Frage zu stellen und zu reformieren ist.

Günter Sölken

2. Einleitung

Albert Einstein prägte den Satz:

„Die Probleme, die es zu lösen gilt, können nicht mit den gleichen Denkweisen gelöst werden, die sie geschaffen haben.“

Scheinbar ist es nicht schwierig Neues zu denken, sondern nur, von den alten Gedanken loszukommen.

Vielleicht kann die vorliegende Niederschrift meines Vortrags zum gleichen Thema ein wenig zur Wahrheitsfindung beitragen, getreu der Mahnung Wolfgang Goethes, welcher schrieb:

„Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns herum immer wieder gepredigt wird.“

Wer möchte schon zu den wenigen Menschen gehören, die, wie Bertrand Russel schrieb, eher sterben würden, als nachzudenken, und die es tatsächlich auch tun...

3. Weltweite Probleme, ihre Ursachen und ihre Lösung in Kurzfassung

1) Die Klimaerwärmung:

Dieses Problem gewinnt nun endlich an Aufmerksamkeit, weil Zeitungen und Medien Klimaskeptiker immer weniger zu Wort kommen lassen. Die Gefahr liegt in der Geschwindigkeit, mit der wir Menschen die Atmosphäre durch Treibhausgase verändern.

Unsere Energieversorgung mit den fossilen Energieträgern Kohle, Mineralöl und Erdgas ist die Ursache. Die Lösung ist möglich, oder vielmehr ist noch möglich, durch eine 55% Reduzierung des weltweiten Energieverbrauchs und eine gleichzeitige intensivere Nutzung aller Formen erneuerbarer Energien zur Abdeckung des verbleibenden Energiebedarfs ⁽¹⁾. Hierbei spielt der Energiepreis, wie im Verlauf dargestellt wird, eine zentrale Rolle.

2) Die Verschuldung

Wir haben uns an die allgegenwärtige Verschuldung gewöhnt, und wir hinterfragen die Ursachen dieses automatisch ablaufenden Vorgangs schon nicht mehr. Dabei ist die Situation überall auf der Welt geradezu dramatisch!

In Deutschland liegt der Schuldenstand der Öffentlichen Hand in 2006 bei 1,465 Billionen Euro! Natürlich kommen dazu noch die Schulden der Unternehmen und der privaten Haushalte. Allein für die Zinszahlungen des Staates muss der Steuerzahler 75 Milliarden Euro pro Jahr aufbringen.

In Belgien liegen die öffentlichen Schulden im Verhältnis sogar um 80% höher und betragen am 31.08.2006 die Summe von 281,7 Milliarden Euro.

In Frankreich müssen 85% der Einkommenssteuern allein für die Zinszahlungen aufgewendet werden. Die Liste ließe sich natürlich beliebig fortsetzen.

Wo liegt die Ursache für diese Misere?

Die Ursache liegt ohne Zweifel in unserem Geldsystem. Aber das Geld ist kein Unterrichtsthema an den Fakultäten für Wirtschaftslehre. Dazu ist es aber allerhöchste Zeit, wie ich darstellen werde!

3) Die Arbeitslosigkeit

Vollbeschäftigung im klassischen Sinne wird es in den Industrienationen auf Grund der technischen Entwicklung und der Globalisierung wohl nicht mehr geben können. Wir müssen deshalb diese beiden Ursachen von Arbeitsplatzabbau untersuchen und uns Gedanken machen über die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Energie. Wir müssen aber auch neu definieren was wir in unserer Gesellschaft als "Würdevermittelnde- Arbeit" ansehen, denn es ist genug Arbeit für Alle da! Um diesen brachliegenden Schatz an Arbeitsmöglichkeiten heben zu können, müssen wir das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) nutzen und die Reform des Geldproblems beherzt anpacken!

4) Die Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme: Rente, Gesundheit, Sozialhilfe

Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erfolgt noch immer über die Sozialabgaben der Unternehmer und über die Einkommenssteuern. Dadurch erhöht sich der Anreiz für die Unternehmen zur Automatisierung und zur Auslagerung in Billiglohnländer, und dadurch boomt auch der parallele Arbeitsmarkt.

Umdenken bedeutet hier: Weg von der Belastung der Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben, und im Gegenzug Besteuerung von Produkten, sowie die Besteuerung des Verbrauchs von Energie und von Rohstoffen.

Dann verliert die Schwarzarbeit ihre negativen Auswirkungen für den Staat und die aus Billiglohnländern importierten Waren tragen ebenfalls zur Finanzierung unserer Sozialsysteme bei.

5) Die ungleiche Verteilung der Reichtümer

Seit jeher klafft die Schere zwischen reichen Industrieländern und armen Entwicklungsländern weit auseinander. In Afrika hungern im Jahr 2006 über 200 Millionen Menschen! Hier ist nicht der Platz um die vielschichtigen Ursachen dieser dramatischen Situation zu analysieren: Sie hängt aber wesentlich mit den Unterdrückungsmethoden der Industrieländer zusammen.

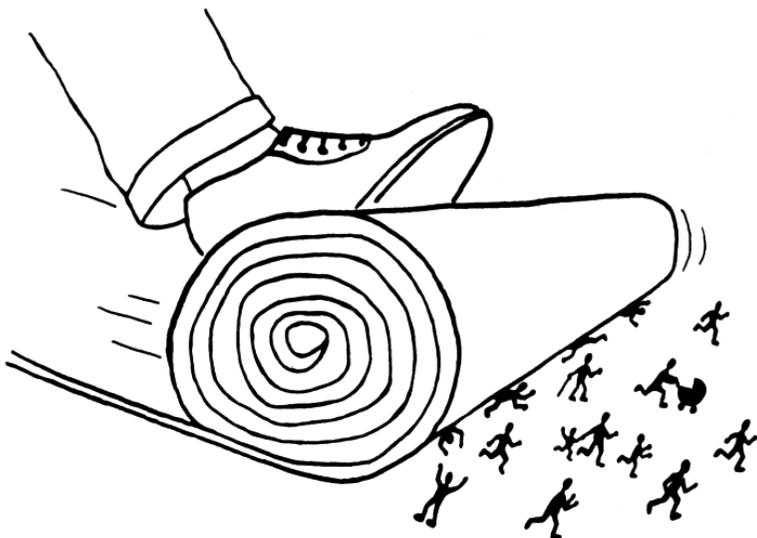
Neu ist heute, dass sich in den Industrieländern die Schere zwischen Arm und Reich ebenfalls immer weiter öffnet. Im Jahr 2006 wurden in den so genannten "reichen" EU-Ländern 65 Millionen in Armut lebende Menschen gezählt. In Belgien leben im Jahr 2006 15% der Menschen in absoluter Armut, und ohne die verschiedensten Zuwendungen durch den Staat, würde dieser Prozentsatz bereits bei 27% liegen! In 2006 stellte in Deutschland die Tatsache ein Kind zu bekommen, einen Armutsfaktor dar. Mit dem Erziehungsgeld ab 2007 soll hier allerdings gegengesteuert werden.

Genauso wie bei der Verschuldung wird die eigentliche Ursache der ungerechten Verteilung der Reichtümer von den beratenden Experten und von den politischen Entscheidungsträgern entweder vollkommen verkannt oder verdrängt. Die Ursache liegt in unserem Euro-Schuldengeldsystem und innerhalb dieses Systems ist der Zins, bzw. der Zinseszins, die Wurzel allen Übels!

Den Experten und Spitzenpolitikern fällt als Allheilmittel für alle wirtschaftlich-sozialen Probleme, seit Jahrzehnten, nichts anderes ein als die Forderung nach quantitativem Wirtschaftswachstum.

4. Freie Bahn für die Wirtschaft ⁽²⁾

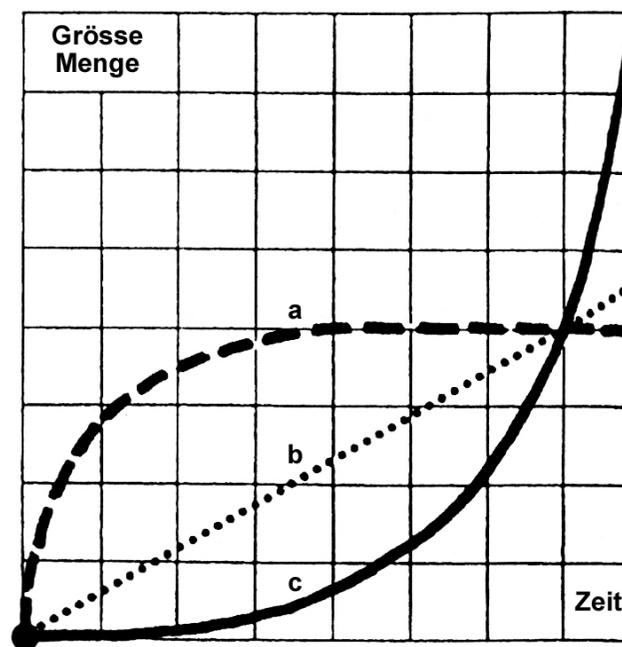
Die Überzeugung, dass Wirtschaftswachstum sowohl Vollbeschäftigung als auch Wohlstand für Alle garantiert, hat sich nach dem zweiten Weltkrieg bei den politisch Verantwortlichen als tiefe Überzeugung eingeprägt. Aus diesem Grund bestimmt die neo-liberale Wirtschaftsdoktrin seit einigen Jahrzehnten die Entscheidungen der Wirtschafts- und Finanzminister in den Industrienationen. Neo-liberal bedeutet: Gib der Industrie die bestmöglichen Bedingungen, dann wird sie auch für Wachstum und Vollbeschäftigung sorgen. Deshalb der Slogan ⁽²⁾:



Freie Bahn für die Wirtschaft!

Dass die Industrie im globalisierten Markt diesen Pakt schon längst aufgekündigt hat, wird genauso übersehen, wie die Tatsache, dass quantitatives Wirtschaftswachstum inzwischen im Wesentlichen auf Kosten der sozialen Errungenschaften und der Umwelt und mittels weltweiter Ressourcenvergeudung erreicht wird.

Hier lohnt sich ein Blick auf die Wachstumskurven ⁽³⁾, wobei für uns Menschen nur die natürliche Wachstumskurve unseren Sinnen zugänglich ist.



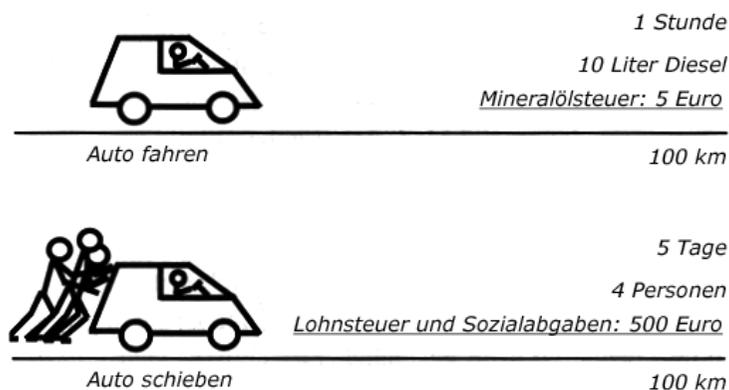
Natürliches Wachstum, Kurve a, beginnt schnell und mündet dann ein in ein Plateau. Lineares, Kurve b, und vor allem exponentielles Wachstum, Kurve c, beginnt langsam und steigt dann so schnell an, dass es irgendwann im Kollaps enden muss. Die Natur kennt exponentielles Wachstum nur bei bösartigen Tumoren, und dort bewirkt exponentielles Wachstum auch den Tod des Wirtsorganismus und des Tumors selbst.

Wirtschaftswachstum und die Praxis des Zins- und Zinseszinses in unserem Geldsystem folgen ebenfalls einer exponentiellen Kurve!

5. Fehleinschätzungen in Bezug auf die Energie ⁽⁴⁾

Einer der Gründe warum die Politiker in den Industrienationen die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten mit den Sozialsystemen nicht in den Griff bekommen, liegt daran, dass sie den Produktionsfaktor "Energie" nicht entsprechend seiner tatsächlichen Leistungsfähigkeit gegenüber dem Produktionsfaktor "Arbeit" einschätzen. Ein einfaches Beispiel ⁽⁴⁾ kann das am Besten aufzeigen:

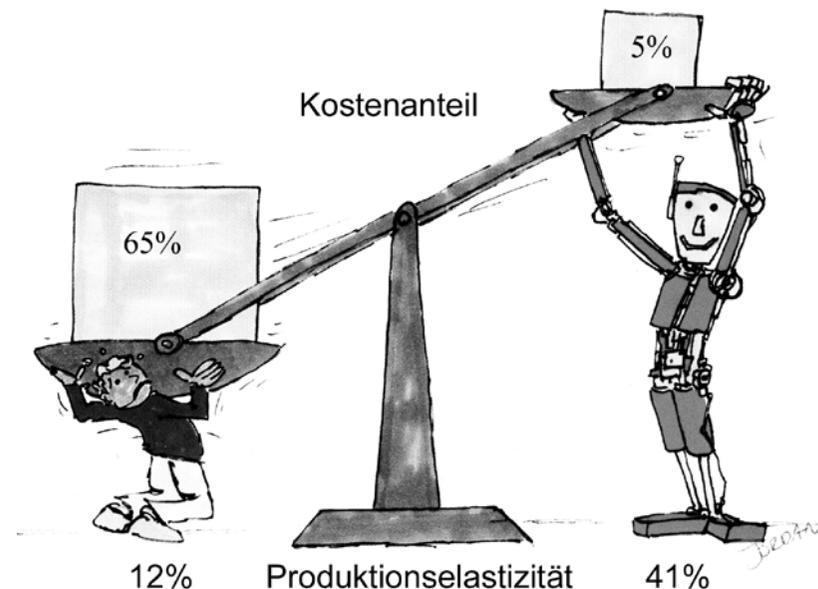
Ein Autohändler soll einen Personenwagen bei einem Kunden in 100 Km Entfernung abliefern. Er hat 2 Möglichkeiten um diese Aufgabe zu erledigen:



1. Obiges Bild: Er schüttet 10 Liter Diesel in den Autotank und fährt das Auto zum Kunden. Die Aktion dauert 1 Stunde und der Autohändler bezahlt alles in allem 5 Euro an Mineralölsteuer.
2. Unteres Bild: Er lässt den PKW durch seine Angestellten zum Kunden schieben. Es müssen 3 Mann schieben und einer sitzt am Steuer. Die Arbeitsleistung dauert 5 Tage und der Autohändler bezahlt dafür 500 Euro an Lohnsteuern und Sozialabgaben.

Folgendes Diagramm ⁽⁶⁾ verdeutlicht diese Schieflage.

Die Schieflage zwischen Arbeit und Energie

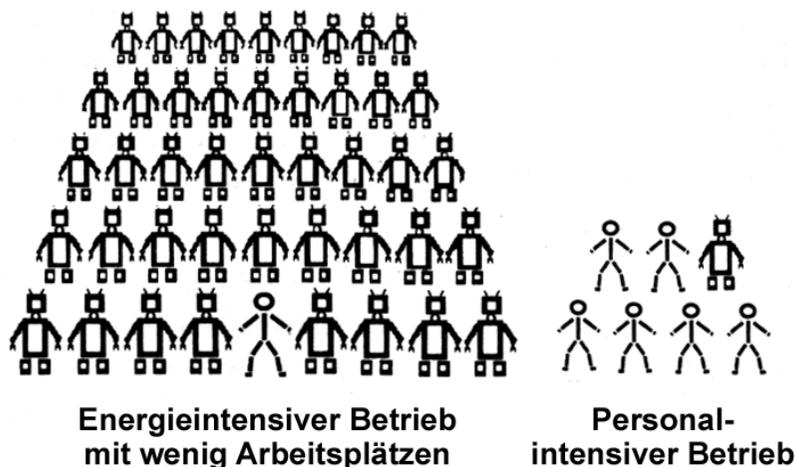


An der Universität Augsburg haben Professor Kümmel ⁽⁵⁾ und sein Team errechnet, dass zum einen die Leistungsfähigkeit, die Produktionselastizität, des Faktors Energie 3,4 Mal größer ist als diejenige des Produktionsfaktors Arbeit, zum anderen aber der Kostenanteil des Faktors Energie 13 Mal kleiner ist als derjenige des Produktionsfaktors Arbeit.

Es kann deshalb nicht verwundern, dass sich der Produktionsfaktor "Kapital" mehr und mehr mit dem Faktor "Energie" verbündet hat und es ungebremst weiter tut. Der Faktor "Arbeit" gerät dabei mehr und mehr ins Hintertreffen.

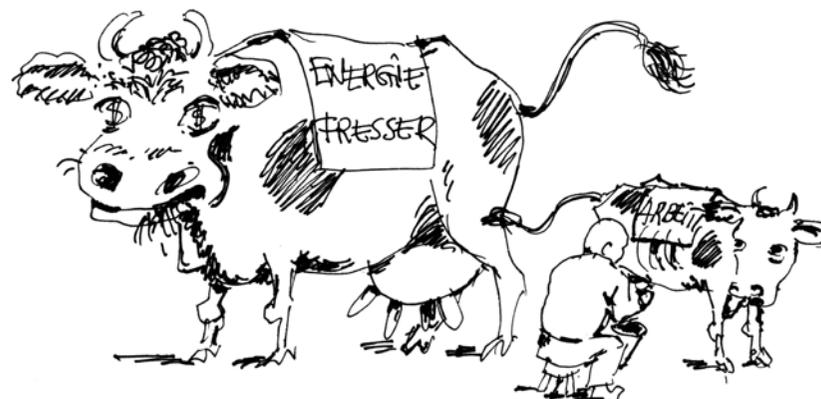
Die Investitionen wandern in energieintensive Betriebe mit wenigen Arbeitsplätzen. Und die Chancen der personalintensiven Betriebe, zum Beispiel Reparaturbetriebe, sinken ständig. Dank der billigen Energie bleiben auch viele Grundstoffe (Zement, Kupfer, Stahl, Kunststoffgranulat) immer noch preiswert, auch wenn seit kurzem die Preise für Grundstoffe deutlich gestiegen sind. So kann die Industrie Ressourcen verschwendend in die automatische Produktion von Einmal- und Billigwaren investieren. Ressourcen- und Klimaerhalt bleiben auf der Strecke.

Diese Entwicklung ist in folgendem Diagramm ⁽²⁾ dargestellt:



Das Gleiche gilt für die Landwirtschaft: Die so genannte "Intensive Landwirtschaft" stützt sich auf den - energieintensiven - Einsatz von großen Maschinen, von Kunstdünger und von Vertilgungsmitteln. Die personalintensive biologische Landwirtschaft unserer Vorfahren wurde verdrängt und führt heute nur noch ein Nischendasein.

Man muss also feststellen, dass der Staat mit seinen Steuern und Sozialabgaben den falschen Produktionsfaktor belastet, er melkt sozusagen die falsche Kuh:



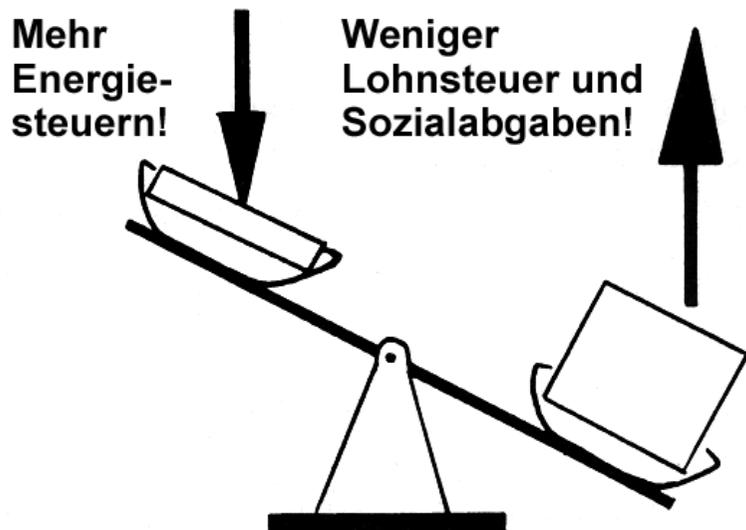
DER STAAT MELKT DIE FALSCHKE KUH !

Der globalisierte Arbeitsmarkt hat den Gewerkschaften inzwischen jedes Druckmittel entzogen. Die Unternehmen erpressen die Politik sowie die Arbeiter und rationalisieren bzw. delokalisieren trotzdem.

Seit einigen Jahren greift aber unter den verantwortlichen Politikern zaghafte die Erkenntnis, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden müssten, um zumindest dem Handwerk und dem Gewerbe die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Erhaltung der bestehenden Arbeitsplätze zu ermöglichen. Wie das jedoch geschehen soll, darüber streiten sich die beratenden Gelehrten!

Dabei liegt die Antwort auf der Hand. Sie wurde von Jürgen Grahl einleuchtend beschrieben ⁽⁷⁾:

Das Gleichgewicht kann wieder hergestellt werden durch höhere Energiesteuern und weniger Lohnsteuern sowie Sozialabgaben!



Wer aber höhere Energiesteuern will, der greift nicht nur in den Arbeitsmarkt und in die Produktionsprozesse der Wirtschaft ein, sondern der belastet auch die Haushalte mit höheren Energiekosten.

Hier hat der Solarenergie-Förderverein ⁽⁴⁾ eine einfache und gleichzeitig geniale Lösung erarbeitet: Der Ausgleich für die Haushalte erfolgt durch ein personenbezogenes "Energie-Geld", welches aus dem Topf der höheren Energiesteuern finanziert wird.

Kurz zusammengefasst hier die wesentlichen Zahlen für Deutschland:

Jährlicher Stromverbrauch:	Gezahlte Sozialbeiträge der Unternehmen: ca. 195 MRD Euro/ Jahr.
Anteil der Unternehmen: 1660 MRD kWh	Finanzierung über den Strompreis: 195 MRD Euro / 1660 MRD = 0,117 Euro
Anteil der Haushalte: 840 MRD kWh.	

Um die Sozialbeiträge über den Strompreis zu finanzieren, muss der Strompreis um 0,117 € oder 11,7 Cent pro kWh erhöht werden.

Die Mehreinnahmen an Steuern durch den Stromverbrauch der Haushalte betragen:
840 MRD x 0,117 € = 98 MRD Euro.

Pro Einwohner in Deutschland können also: 98 MRD / 80 Millionen Einwohner = 1200 Euro /Jahr oder 100 € /Monat an "Energiegeld" ausgezahlt werden.

Für eine Familie mit 4 Personen macht das 400 €/Monat oder 4.800 € /Jahr.

Die Mehrkosten bei einem Stromverbrauch von 5000 kWh belaufen sich auf 585 € /Jahr.

Die Bevölkerung wird also ein Interesse daran haben, dank der höheren Energiesteuern, das Energiegeld zu erhalten.

Die positiven Auswirkungen eines **progressiv und vorausschaubar ansteigenden Energiepreises** lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Individuelle Energiesparmaßnahmen (REN: Rationelle Energienutzung): z.B. Wärmedämmung des Hauses.

Dadurch werden die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Klimaschutz erreicht. Die Menschen und die Betriebe werden erst mit dem Energiesparen Ernst machen, wenn Energie wirklich deutlich teurer geworden ist!

2. Zahlung eines personenbezogenen "Energiegeldes": Dadurch werden die Mehrausgaben für die Verteuerung der Energie mehr als nur kompensiert, die Kaufkraft wird gesteigert und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen wird ermöglicht. Wiederum Schaffung von Arbeitsplätzen und Klimaschutz.

3. Änderung der Unternehmensstrategien:

- Energiesparmaßnahmen und Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung.
- Für die Herstellung der Grundstoffe (z.B. Zement, Kupfer, Kunststoffgranulat, Kunstdünger, usw.) wird sehr viel Energie verbraucht. Weil die Energie billig ist, bleiben auch die Grundstoffe billig. Deshalb produziert die Industrie zunehmend, rein automatisch hergestellte, verschweißte Billigprodukte.

Bei teurer Energie und teuren Grundstoffen würden Reparatur fähige Qualitätsprodukte hergestellt und die Ressourcen würden geschont.

- Durch die Senkung der Lohnnebenkosten käme es zu weniger Auslagerungen von Betrieben.

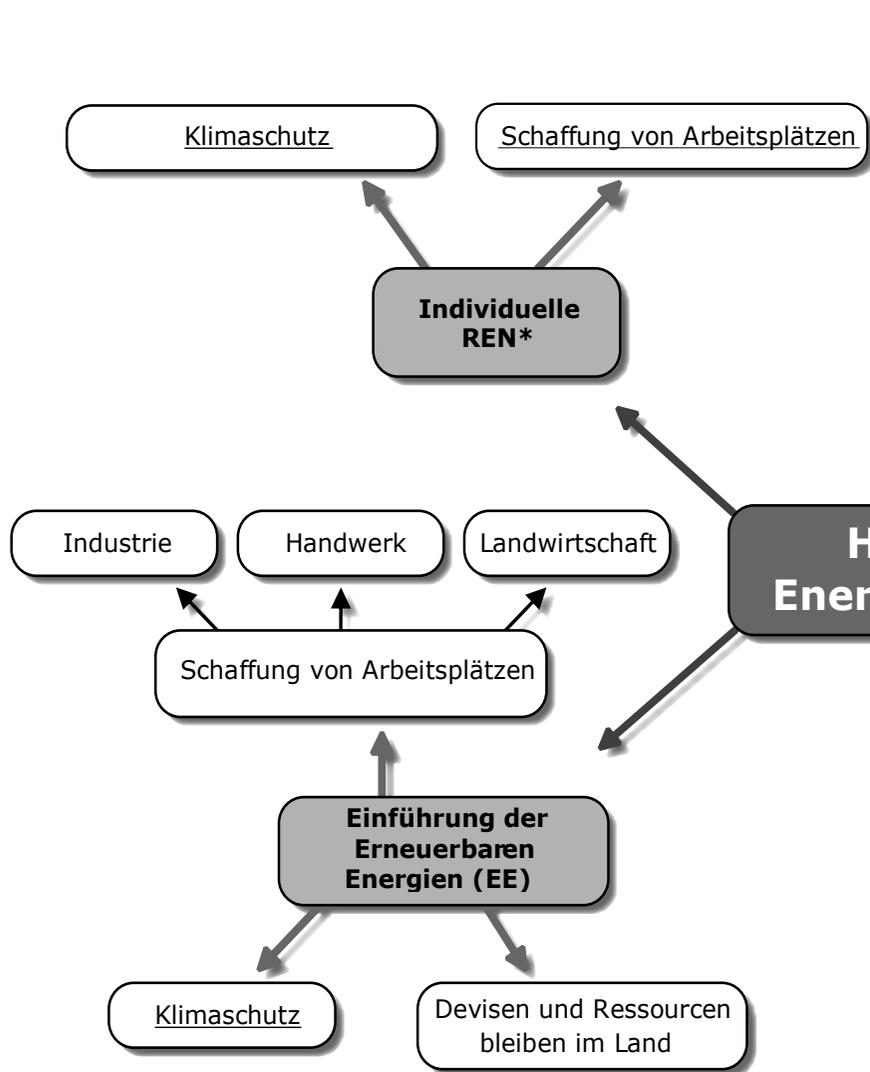
Insgesamt also Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sowie Schonung der Ressourcen und des Klimas.

4. Förderung der Erneuerbaren Energien durch eine entsprechende Steuerbegünstigung der verschiedenen solaren Energiequellen.

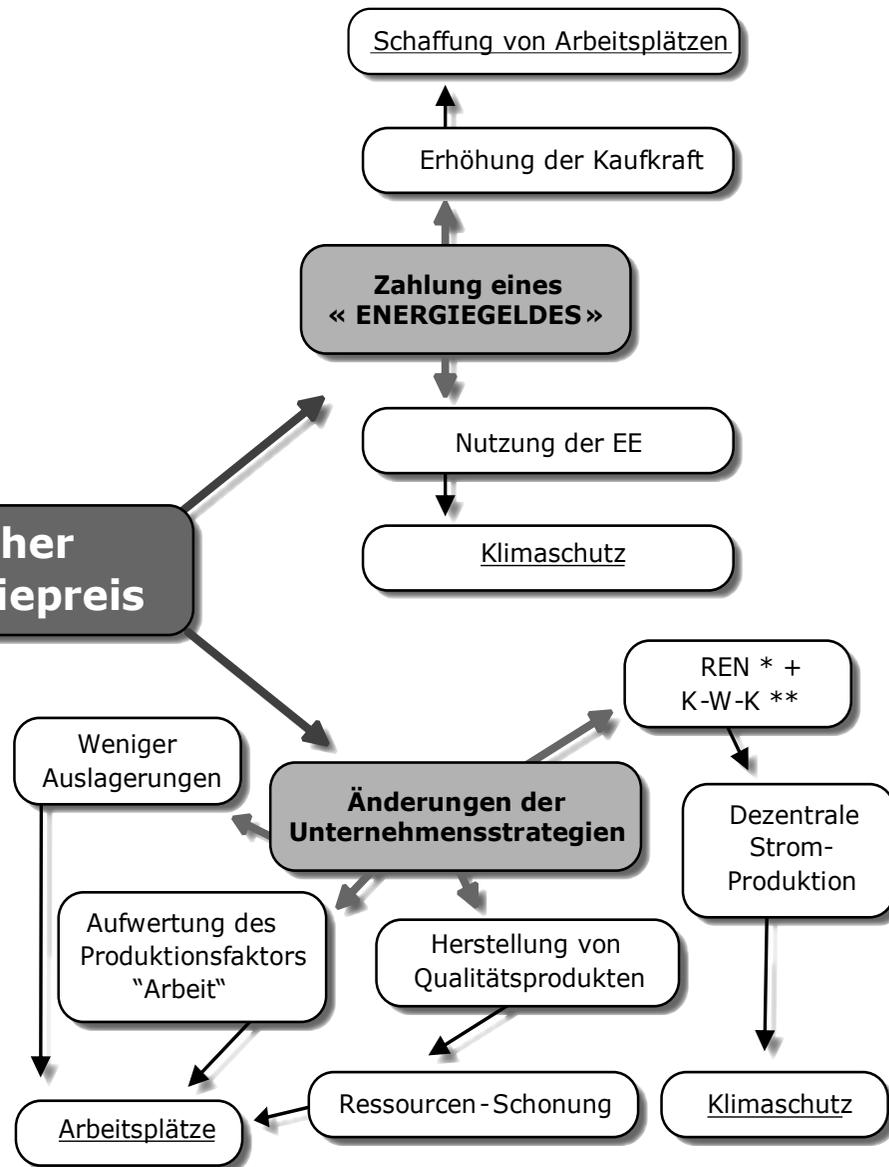
Auch dadurch wiederum Schaffung von Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk und in der Landwirtschaft, sowie Schutz des Klimas und Schonung der endlichen fossilen Ressourcen.

In den 90er Jahren führte in Dänemark ein konsequentes System von Ökosteuern und Ökoabgaben zu Anreizen für Investitionen in Umwelt schonende Technologien. Dank dieser Einnahmen konnte eine erhebliche Senkung der Sozialabgaben und der Lohnnebenkosten erreicht werden. So wurde eine hohe Arbeitslosigkeit in wenigen Jahren drastisch reduziert ⁽⁸⁾.

Im Anschluß nun ein zusammenfassendes Diagramm zum Thema der Verflechtungen zwischen steigendem Energiepreis, Beschäftigung und Klima- bzw. Umweltschutz.



* REN: Rationelle Energienutzung



** K-W-K: Kraft-Wärme-Kopplung

6. Fehleinschätzungen in Bezug auf unser Euro-Geldsystem

Ursprünglich diente die großartige Erfindung einer Währung dazu, den Handel zu erleichtern. Nachdem man dann Münzen in verschiedenen Metallen, wegen ihrer nahezu unbegrenzten Haltbarkeit, als Währungsmittel einsetzte, und diese Tauschmittel folglich, entgegen den nicht haltbaren Tauschwaren, gehortet werden konnten, kam sehr schnell auch der Handel mit dem Tauschmittel "Geld" selbst auf: Die reinen Finanzgeschäfte waren geboren.

Durch den Zins und Zinseszins haben dann diese Geldgeschäfte über die Jahrhunderte immer wieder zu Armut, zu Wirtschaftskrisen und zu Kriegen geführt. In dieser kurzen Abhandlung können natürlich die gesamte Hintergrundinformation und die Zusammenhänge nur angedeutet werden. Ich verweise deshalb auf die in der Bibliographie unter "Geldwesen" ⁽⁹⁾ angegebenen Informationsquellen.

Ein kurzer und witziger online Video-Film von Max von Bock über das Wesen des Geldes: *"10 Punkte Plan zur effizienten Ausbeutung eines Planeten mit halbintelligenten Lebensformen"* ist dazu besonders empfehlenswert. Er kann unter der angegebenen Internetseite heruntergeladen werden. ⁽¹⁰⁾

In dem Buch "Geld ohne Zinsen und Inflation" hat die Autorin Margrit Kennedy ⁽¹¹⁾ grundsätzliche Missverständnisse bezüglich der Funktion des Geldes aufgezeigt.

Drei davon sollen hier festgehalten werden:

1. Die Annahme, unser Geldsystem würde allen Menschen gleichermaßen dienen: Diese Annahme ist falsch. Richtig ist, dass in unserem Zinsgeldsystem 80% der Menschen zuzahlen, 10% weder gewinnen noch verlieren und 10% kassieren. Mit anderen Worten, 80% der Bevölkerung rackern sich ab, damit die vermögenden 10% automatisch immer reicher werden. So werden in Deutschland täglich 800.000 Euro von der arbeitenden Bevölkerung zu den Geldbesitzern umverteilt.
2. Auch die Annahme, wir würden nur dann Zinsen zahlen, wenn wir uns Geld ausleihen, ist falsch. Richtig ist, dass wir in den Preisen der Produkte und der Dienstleistungen 30 – 50 % an Zinsanteilen bezahlen müssen. Dieser hohe Zinsanteil im Preis der Produkte beinhaltet zum Einen die Sollzinsen, welche der Unternehmer für aufgenommene Kredite an die Banken zahlen muss. Zum anderen aber, und vor allem, gehen in den Preis der Produkte auch die hohen Steuer- und Sozialabgaben ein, welche ein Unternehmer an den Staat abführen muss. Der Staat wiederum muss so hohe Steuerabgaben einfordern, weil der größte Teil dieser Steuereinnahmen in die Bezahlung der Schuldzinsen des Staates an die privaten Geschäftsbanken abfließt. Der Zinsanteil in den Mietpreisen ist noch horrender. Er beträgt sogar 70 bis 80 %.
3. Durch unsere persönliche Erfahrung natürlichen Wachstums, welches bis zu einer optimalen Größe andauert und dann aufhört, unterschätzen wir die schwerwiegenden Folgen exponentiellen Wachstums in den Bereichen der Wirtschaft und des Geldwesens.

Zwei bekannte Beispiele sollen das verdeutlichen.

Erstes Beispiel: Der Joseph-Pfennig ⁽¹²⁾: Wenn Joseph bei der Geburt seines Sohnes Jesus 1 Pfennig, oder 0,5 Cent, zu 5% Zins und Zinseszins, bis zum Jahr 1990 angelegt hätte, so wären aus diesem Pfennig durch den Zinseszins dann 134 Milliarden Kugeln aus Gold im Gewicht unserer Erde geworden. Bei einer reinen Zusammenzählung der jährlichen Zinsen von 0,025 Cent wären in 1990 Jahren gerade mal 49,75 Cent oder weniger als ein Halber Euro zusammen gekommen!

Zweites Beispiel: Wenn eine Summe von 100.000 Euro zu 7% Zinsen für eine Dauer von 100 Jahren angelegt wird, dann ergeben sich 700.000 Euro an Zinsen. Der Zinseszins beträgt aber stolze 86.771.663 Euro!

Zu diesem, im Geldsystem eingebauten, "Strukturfehler" des Geldes, nämlich der Tatsache, dass das Geld angehäuft, bzw. gehortet werden kann, um auf diese Weise dann Zinsen erzwingen zu können, ist seit der Gründung der internationalen Bankenallianz in Paris, im Jahr 1913, eine zweite schwerwiegende Fehlentwicklung hinzugekommen. Nicht die Staaten, sondern die privaten Geschäftsbanken besitzen die eigentliche Geldhoheit! Unser Euro- Geldsystem ist in Wirklichkeit ein "Schuldgeldsystem", welches von den privaten Geschäftsbanken zu ihrem eigenen Vorteil gesteuert wird! ⁽¹³⁾

Um das zu verstehen, muss man der Frage nachgehen, wie das Geld in den Wirtschaftskreislauf gelangt?

Neben der geringen Geldmenge – unter 1% - welche in Form von Münzen von den Nationalbanken der Mitgliedstaaten geprägt wird, entsteht praktisch alles neue Geld mittels Kreditvergabe durch die privaten Geschäftsbanken sozusagen "aus dem Nichts". ⁽¹³⁾ Natürlich kassieren die Banken dafür Milliardenbeträge

an Zinsen, welche eigentlich der Bevölkerung gehören. Die privaten Geschäftsbanken behalten diese Zinsen aber für sich. Die exponentielle und zerstörerische Zinseszinswirkung kann, daraus folgend, sehr leicht in wenigen Schritten aufgezeigt werden:

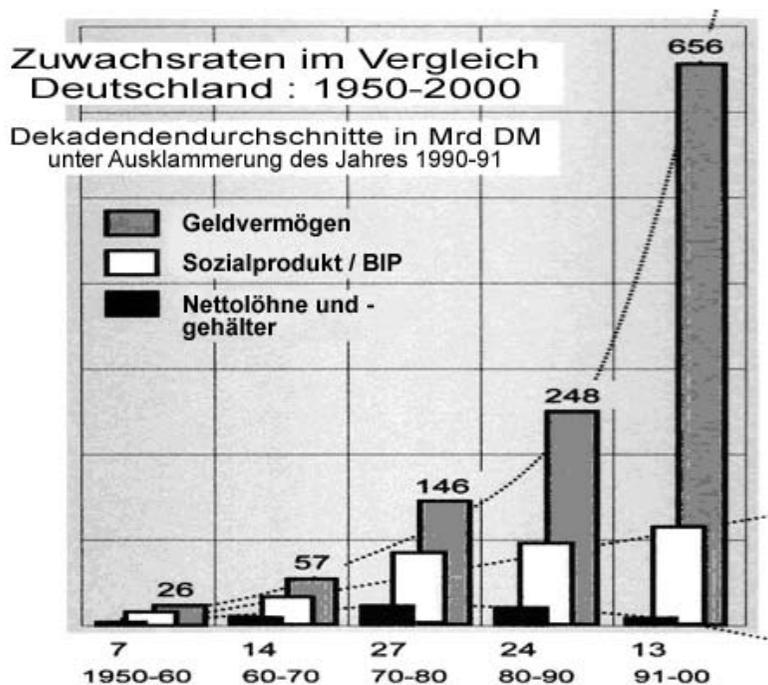
1. Bei Wirtschaftswachstum ist ständig neues Geld notwendig, damit die zusätzlichen Waren produziert und konsumiert werden können.
2. Dieses Geld kommt über Kredite in den Wirtschaftskreislauf.
3. Die Kredite müssen vollkommen getilgt werden, das entliehene Geld muss also vollständig zurückgezahlt werden.
4. Zusätzlich müssen aber auch noch die, von der Bank geforderten, Zinsen erbracht werden: Dazu wird eine neue Kreditaufnahme, wiederum gegen Zinsen, erforderlich.
5. Somit kassieren die privaten Geschäftsbanken Zinsen auf die Zinsen, der Zinseszins.
6. Ständiges Wirtschaftswachstum ist notwendig, nur damit die Zinsen erbracht werden können.
7. Die Spirale der Umverteilung von Arm zu Reich ist aktiviert und der Zusammenbruch ist vorprogrammiert.

Einige Zahlen zur Verdeutlichung der Staatsverschuldung in Deutschland, Belgien und Frankreich wurden bereits angegeben. Am aussagekräftigsten ist die Schlußfolgerung, dass dem Wirtschaftskreislauf, auf Grund des fehlerhaften Geldsystems, 75% des Geldflusses - und letztlich an Kaufkraft - durch Zinsen und Steuern verloren gehen.

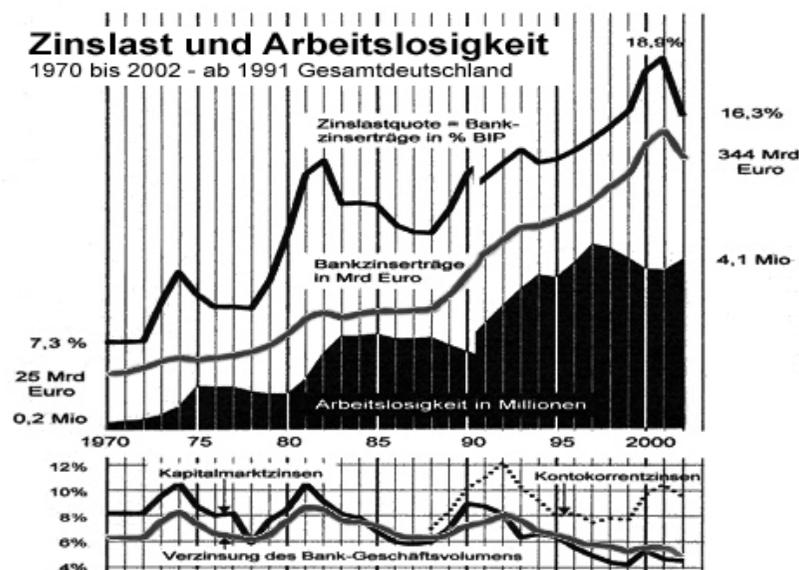
Ganz praktisch bedeutet das: Mit einem fehlerfreien Geldsystem bräuchten 80% bis 90% der Bevölkerung nur ein Drittel bis ein Viertel der heutigen Arbeitszeit zu erbringen, bei gleich bleibendem Wohlstand!

Folgendes Diagramm aus dem Buch "Das Geldsyndrom-Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" (2001) ⁽³⁾ von Helmut Creutz, veranschaulicht einerseits den "natürlichen" Kurvenverlauf der Nettolöhne und Gehälter von 1950 bis zum Jahr 2000, und zeitgleich dazu den linearen Anstieg des Brutto-Inlandproduktes sowie den exponentiellen Wachstumsverlauf der Geldvermögen.

Ganz nüchtern betrachtet kann man sagen, dass deshalb kein Geld zur Verfügung steht, um höhere Löhne und Gehälter auszahlen zu können oder um neue Arbeitsplätze zu schaffen, weil es automatisch in die Vermehrung der Geldvermögen fließt.



Das zweite Diagramm verdeutlicht, dass von 1970 bis zum Jahr 2000 die steigenden Kurven der Arbeitslosenzahlen, der Bankzinsserträge und der Zinslastquoten parallel verlaufen.



Ein Drittel der Zinskosten, welche die öffentliche Hand in Deutschland aufbringen muss, würde genügen, um die Bruttogehälter von 4 Millionen Menschen zu bezahlen!

Weil das "Geldsystem" für die Berater der verantwortlichen Politiker kein Thema ist, welches hinterfragt und dann gegebenenfalls auch verbessert werden kann, erklärt sich, dass sowohl diese Experten als auch die verzweifelten Politiker panikartig vor dem heranrasenden Schuldenzug fliehen, auf immer denselben Gedankengleisen, so wie hier dargestellt ⁽¹⁴⁾: Sie kommen gar nicht auf die Idee, einfach von den Gleisen abzuspringen, also ihre Gedankenschiene zu hinterfragen!



Zu den beiden bereits angesprochenen "neuen Gedankenschiene" und zwar der Korrektur der Fehleinschätzung des Produktionsfaktors "Energie", sowie der Korrektur der Fehler im Geldsystems, kommt nun eine dritte "neue Gedankenschiene" hinzu: Die Beschäftigung mit dem vom Staat, an alle Bürgerinnen und Bürger auszuzahlenden

Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE)

7. Das Bedingungslose Grundeinkommen – BGE

A. Geschichtlicher Hintergrund

Die Idee eines Grundeinkommens ist keineswegs neu. Erste Überlegungen eines Mindestlohnes reichen bis zu Thomas Morus und dessen Freund Juan Luis Vives ins 16. Jahrhundert zurück.

Im 18. Jahrhundert waren es Antoine Caritat, Marquis de Condorcet und Thomas Paine, welche das Elend großer Teile der Bevölkerung über verschiedene soziale Modelle zu bekämpfen versuchten. Charles Fourier in "La Fausse Industrie" (1836) erkannte jedem Menschen das Recht auf Unterkunft und Nahrung an, weil die Gesellschaft ja das primäre Recht zu jagen, zu fischen, Früchte zu sammeln und Weidegrund zu benutzen genommen oder eingeschränkt hatte.

Ein genuines Grundeinkommen wurde dann erstmals von dem Belgier Joseph Charlier (1816-1896) vorgeschlagen. Charlier (1848) sah in dem angeborenen Recht auf Land die Begründung für das Recht eines jeden Menschen auf ein, die Existenz sicherndes, Einkommen. John Stuart Mill (1849) schlug ein Existenzeinkommen unabhängig von der Arbeit vor.

In 1986 organisierten drei junge Forscher der Universität in Leuven, Paul-Marie Boulanger, Philippe Defeyt und Philippe Van Parijs eine Tagung zum Grundeinkommen: Aus dieser Tagung ging dann der Europa weite Zusammenschluss der verschiedenen Initiativen für ein universelles Grundeinkommen (allocation universelle) hervor, das B.I.E.N. (Basic Income European Network, inzwischen Basic Income Earth Network). Für weitere Information zum geschichtliche Hintergrund siehe in der Bibliographie unter BGE - geschichtlicher Hintergrund. ⁽¹⁵⁾

Arbeiten, die heute nur noch von Wenigen verrichtet werden möchten, wie z.B. körperlich anstrengende Tätigkeiten, unangenehme Tätigkeiten, Nacht- und Schichtarbeit, WE- Tätigkeit, etc. müssten besser entlohnt werden.

2. Das BGE und die Gesellschaft.

Es ist erstaunlich, dass in der aktuellen politischen Debatte um das BGE in Deutschland, gerade die sozialdemokratische Partei (SPD) und die Gewerkschaften von diesem Lösungsmodell für die soziale Schieflage partout Nichts wissen wollen. Befürchten sie einen Einflussverlust auf die unteren Einkommenschichten? Auch die christlich-sozialen Parteien CDU und CSU tun sich offensichtlich schwer damit. Allerdings fordert jetzt, im Herbst 2006, der Landesvorsitzende von Thüringen, Dieter Althaus (CDU) ein BGE: Er spricht in diesem Zusammenhang von einem Zukunftsmodell der pluralistischen Gesellschaft ⁽²¹⁾. Jean-François Kahn, Autor des Buches "Les Bullocrates" beschrieb während einer bemerkenswerten Fernsehdiskussion des Senders "Arte" am 28. Oktober 2006, die Existenz von 3 neuen gesellschaftlichen Kategorien:

1. Das Heer der Langzeitarbeitslosen, die arme Schicht oder die bildungsferne Unterschicht,
2. die kleinen Angestellten, die als Gruppe bereits verarmt sind, und
3. die untere Mittelschicht.

Die untere Mittelschicht umfasst in Belgien 60% der Bevölkerung. Sie trägt die Hauptlast der Steuern und Sozialabgaben, denn die beiden ersten Schichten müssen nicht oder nur wenig zahlen, und die obere Mittelschicht, die so genannte Elite, findet Wege um die Zahlung zum großen Teil zu umgehen. Der unteren Mittelschicht gehören inzwischen Apotheker, Händler, Ingenieure, Metzger, Lehrer, Leitende Angestellte, usw. an.

B. Vorteile des bedingungslosen Grundeinkommens ⁽¹⁶⁾

1. Das BGE und die Beschäftigung

Sowohl die privaten Unternehmer als auch die Öffentliche Hand als Arbeitgeber profitieren von einer Kaufkraftsteigerung der Bevölkerung.

Größere Kaufkraft fördert und stabilisiert die Binnenkonjunktur. So darf es nicht verwundern, dass sich erfolgreiche Unternehmer für die Einführung des BGE einsetzen, wie bereits in den neunziger Jahren der flämische Unternehmer Roland Duchâtelet ^(17,18) mit seiner Partei VIVANT ⁽¹⁹⁾ und seit einigen Jahren in Deutschland der Inhaber der Drogeriemarktkette DM, Götz Werner ⁽²⁰⁾. Beide fordern die Koppelung des BGE gleichzeitig mit einer Senkung der Lohnnebenkosten.

Damit würden auch für die Öffentliche Hand als Arbeitgeber Personaleinstellungen preiswerter, und der Staat hätte also die Möglichkeit z.B. im Bereich der Sozialökonomie, aber auch im Unterrichtswesen, in der Forschung und im Justizwesen den zunehmenden Personalmangel abzubauen.

Den Arbeitnehmern würde das BGE die Freiheit der souveränen Entscheidung zurückgeben. Diese Freiheit wird ihnen durch den Zwang, das Existenzminimum verdienen zu müssen, genommen. Nicht Faulheit, wie von manchen Kritikern vorgetragen, sondern eine gesteigerte Leistungsbereitschaft würde die Folge sein.

Die Arbeitnehmer wären nicht mehr so wie heute erpressbar, und sie hätten die Möglichkeit, sich die Arbeit, welche ihnen am meisten zusagt, auszusuchen. Auch der Sprung in die Selbstständigkeit wäre für junge Menschen kein Sprung mehr ins kalte Wasser. Arbeitgeber würden verstärkt auf ein bestmögliches Betriebsklima pochen, um gute Mitarbeiter zu halten.

Viele von ihnen sind längst nicht mehr so wohlhabend wie früher, und sie fühlen sich von der Politik mehr oder weniger verraten. Wenn die Preise steigen, nicht aber die Gehälter, dann ist der Lebensstandard nicht mehr gesichert. Sind Unternehmen in Schwierigkeiten, dann geraten auch die Arbeitsstellen der leitenden Angestellten in Gefahr. Diese untere Mittelschicht könnte in Zukunft extremen Parteien in Europa zur Macht verhelfen.

Die eingangs geschilderten Probleme, Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut und die Sorgen um die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, führen zu Zukunftsängsten bei einer Mehrheit in unserer Gesellschaft.

Es besteht sogar die Gefahr, dass es zu einer Aufkündigung des Generationenvertrages kommt, so wie es die Karikatur von Gerhard Mester ⁽²²⁾ sehr eindrucksvoll im Bild darstellt:



Ein bedingungslos an Alle ausgegebenes, Existenz sicherndes Grundeinkommen wäre ein mächtiges, Vertrauen bildendes Signal Aller für Alle! Zuallererst käme es der Kindererziehung zu Gute und der Bereitschaft junger Menschen zur Familiengründung. Ideen- und Erfinderreichtum, Begeisterung für ehrenamtliches, politisches und künstlerisches Engagement würden gefördert. Vandalismus und Kleinkriminalität würden zurückgehen, wenn umweltbewußtes Handeln, Respekt für alle Menschen und für die Natur, dank der gegenseitigen Solidarität, selbstverständlich werden.

C. Notwendigkeit des bedingungslosen Grundeinkommens

1. Wirtschaftliche Notwendigkeit

Auf diese Zusammenhänge hat der schottische Ingenieur Clifford Hugh Douglas, der Erfinder des "Social credit", gemäß dem Lehrsatz des A+B, hingewiesen.

Man muss bedenken, dass in den Preisen der Produkte und Dienstleistungen:

- A) die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten,
- B) alle anderen Kosten des Produzenten bzw. des Dienstleistungsunternehmers enthalten sind (Grundstoffe, Betriebskosten, Abschreibung von Maschinen, Steuern und Sozialabgaben, Zinskosten, Gewinne des Unternehmers, etc.).

Wenn sich also der Preis der Produkte und Dienstleistungen zusammensetzt aus $A + B$, dann erkennt man, dass bei einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, die Löhne und Gehälter nicht ausreichen, damit alle Produkte und Dienstleistungen konsumiert werden können.

Wenn nicht alle Produkte und Dienstleistungen konsumiert werden können, dann besteht ein chronischer Geldmangel im Wirtschaftskreislauf: Um das zu verhindern, muss zu den Löhnen und Gehältern also noch etwas hinzu kommen: Das personenbezogene Grundeinkommen.

Man kann also schlussfolgern: Das Bedingungslose Grundeinkommen ist tatsächlich eine wirtschaftliche Notwendigkeit, und es muss zusätzlich zum Lohn und Gehalt an jede Bürgerin und jeden Bürger ausgegeben werden.

2. Moralische Notwendigkeit

Es stellt sich die Frage: Ist die Zeit reif für ein BGE? Der Autor des Vorwortes, Günter Sölken, Sprecher des "Netzwerk-Grundeinkommen" in Deutschland, vertritt die Ansicht, dass es noch einer ausgedehnten gesellschaftlichen Diskussion und Auseinandersetzung mit den psychologischen Folgen einer solchen Maßnahme bedarf. Auch Prof. Götz Werner spricht von einem Paradigmenwechsel. Und in der Tat, wir haben uns angewöhnt, die Würde des Menschen nur über die von ihr/ihm geleistete Arbeit zu definieren.

Sogar die Kindererziehung durch die leibliche Mutter ist in diesem Sinne keine "Würde" gebende Arbeit, wohl aber die Leistung der Kinderkrippenmutter oder der Tagesmutter! Letztere werden bezahlt und haben einen gesellschaftlich anerkannten Status. Die leibliche Mutter und der leibliche Vater haben dies nicht!

Wenn "Nicht-Arbeiten" und "Muße" gleichbedeutend sind mit Faulheit, dann muss tatsächlich noch eine gedankliche Wegstrecke zurückgelegt werden.

Wer den Menschen Vertrauen schenkt, der wird von den Menschen Vertrauen ernten.

Das BGE bietet die besten Chancen, die notwendige Solidarität unter allen Menschen auch in Zukunft zu erhalten.

Dann kann auch das gegenseitige Misstrauen in unserer "Geiz ist geil Gesellschaft" und die Verdrossenheit gegenüber der Politik, überwunden werden.

D. Finanzierung des BGE

Die entscheidende Frage!

Die meisten Arbeitsgruppen, welche sich im Augenblick mit dem BGE befassen, befürworten eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer oder über verschiedene Konsumsteuern. So hat der Gründer der Partei VIVANT in Belgien, Roland Duchâtelet, zur Finanzierung des BGE unterschiedliche Konsumsteuersätze je nach Produkt und Dienstleistung in seinen Berechnungen vorgesehen.

⁽¹⁹⁾ Der deutsche Unternehmer Götz Werner befürwortet eine generelle Mehrwertsteuererhöhung auf 100%. Den Vorschlag des Solarenergie Fördervereins ⁽⁴⁾ durch eine erhöhte Energiebesteuerung ein individuelles Energiegeld auszuzahlen, ist zu befürworten auch unabhängig von der Finanzierung eines BGE, weil durch höhere Energiepreise sehr viele positive Auswirkungen in Bezug auf den Arbeitsmarkt, den Energieverbrauch und den Klimaschutz erreicht würden.

Wer sich nun aber in Erinnerung ruft, dass dieses BGE eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, der wird unschwer erkennen, dass dieses Grundeinkommen nicht im Wesentlichen durch eine Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden darf: Denn dann würde das Einkommen der Menschen erneut verringert und der Konsum erschwert oder unmöglich gemacht. Das BGE muss also ohne neue Belastung, zusätzlich an jeden einzelnen Menschen ausgehändigt werden.

Wie soll dieses BGE dann aber finanziert werden, wenn nicht durch eine Konsumsteuer?

Die Antwort ist ganz einfach und sie lautet:

Es soll überhaupt nicht finanziert werden!

Das wirklich bedingungslose Grundeinkommen soll vom Staat einfach an jede Bürgerin und jeden Bürger ausgezahlt werden. Das setzt voraus, dass die Geldhoheit wieder von den privaten Geschäftsbanken an den Staat zurückgeht.

Professor Ekhart Grimm (23) hat zwecks Ausführung der geldhoheitlichen Aufgaben des Staates, die Schaffung eines unabhängigen, nur dem Parlament Rechenschaft schuldenden "Währungsamtes" vorgeschlagen. Dieses berechnet das BGE in der richtigen Höhe und händigt es an jede Bürgerin und jeden Bürger aus. Mit der richtigen Höhe des BGE und der Steuern können sowohl Inflation als auch Deflation vermieden werden.

E. Das BGE und das Geldsystem

1. Das heutige Schuldgeldsystem

Henry Ford hat einmal sinngemäß gesagt: *„Es ist gut, dass die Menschen ihr Geldsystem nicht begreifen, sonst hätten wir noch vor Morgen früh eine Revolution.“*

Damit die immer neuen Schuldzinsen bezahlt werden können, muss die Wirtschaft immer weiter wachsen, selbst gegen die Interessen der Menschen und der Natur: Also ein Teufelskreis des Wachstumszwanges.

Ohne zusätzliches Geld kann die Wirtschaft nicht produzieren: Das bedeutet in unserem Kreditgeldsystem gleichzeitig auch ein Teufelskreis der Verschuldung.

Wegen des Zinsanteils in den Waren und Dienstleistungen, und wegen der vom Staat erhobenen Steuern zur Schuldenbedienung, kommt es ganz automatisch zu

einem Teufelskreis der Armutsbildung, der Umverteilung von Arm zu Reich.

Nicht ohne Grund haben über die Jahrhunderte hinweg die christlichen Kirchen den Zins geächtet. Deshalb erscheint heute die Frage gerechtfertigt, warum die Kirchen gerade jetzt zu diesem Thema schweigen! Es könnte sogar der Verdacht aufkommen, dass auch und insbesondere die katholische Kirche nicht unerheblich in die Profitsuche mit globalen Finanzgeschäften eingebunden ist! Will also auch die Kirche lieber mehr Geld als sozialeres Geld? So wie es Erwin Scherer formuliert: *„In jedem steckt die Anlage zum geizigen Milliardär...der Zinsertrag auf das Sparbuch ist wie das Manna vom Himmel, auf diese göttliche Gabe will keiner verzichten,..."* Selbst nicht die katholische Kirche?

Für die Menschen ist der Zinsertrag auf das Sparkonto natürlich realer und greifbarer als Preissenkungsversprechungen durch Zinsboykott. Die christlichen Kirchen besitzen aber das gesammelte Wissen vergangener Jahrhunderte! Sie wissen, wie viel Elend, wie viele Wirtschaftskrisen, wie viele Kriege durch den Zins- und Zinseszinsmechanismus verursacht wurden bis zum heutigen Tag!

Die christlichen Kirchen könnten deshalb eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Missstände im Geldwesen übernehmen!

2. Das neue Geldsystem

Es muss, wie wir gesehen haben, ermöglichen, das bedingungslose Grundeinkommen auszuzahlen. Welche Eigenschaften müsste es also haben?

Ich verweise nochmals zum weiteren Studium des Geldwesens auf die Beiträge und Buchtitel in der Bibliographie unter dem Stichwort "Geldwesen" ⁽⁹⁾.

Kurz zusammengefasst müsste das "neue Geldsystem" folgende Eigenschaften aufweisen:

- Es muss demokratisch kontrolliert sein. Die Geldhoheit gehört dem Staat und jegliche Geldschöpfung der privaten Geschäftsbanken durch Kreditvergaben aus dem Nichts muss strikt untersagt sein. Geldschöpfung ist grundsätzlich ein ausschließliches Vorrecht des Staates.
- Es muss "Zinsfrei" sein. Von den Banken darf nur eine Bearbeitungsgebühr eingefordert werden, und somit entfällt der zerstörerische Zinseszinsseffekt.
- Es muss auch "Umlauf gesichert" sein. Die Umlaufsicherung, also die Gewähr, dass das Geld nicht zurückgehalten und gehortet wird, kann durch eine Nutzungsgebühr erreicht werden. Hohe Nutzungsgebühr für Bargeld und kurzfristige Anlagen, keine Nutzungsgebühr, aber auch keine Zinsen(!), für langfristige Anlagen.
- Gleichzeitig muss der Staat dann auch mit entsprechenden Steuern die Flucht des Geldes in Land- und Immobilienkäufe verhindern.

Das jetzt in zunehmendem Maße praktizierte, und von vielen Politikern gepriesene, public-private-partnership-Modell zeigt, wie nahe unsere Gesellschaft bereits am finanziellen Abgrund steht! Aus Geldmangel sieht sich die öffentliche Hand, Föderalstaat, Länder, Gemeinschaften

und Kommunen gezwungen, ihre Immobilien, z.B. Verwaltungsgebäude und Schulen, an private Bankenkonsortien zu verkaufen, um kurzfristig den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Diese Gebäude müssen anschließend zu den marktüblichen Mietkosten bei den Banken angemietet werden. Ein phantastisches Geschäft für die Banken, eine Bankrotterklärung des Staates!

In jüngster Zeit haben verschiedene Autoren realisierbare Modelle der Geldreform vorgestellt. So Joseph Huber in der Veröffentlichung von 2004 "Reform der Geldschöpfung – Wiederherstellung des staatlichen Geldregals durch Vollgeld" ⁽²⁴⁾.

Huber fordert die Beendigung der Geldschöpfung durch die privaten Geschäftsbanken und die Kontrolle des Geldwesens durch eine staatliche, von der jeweiligen Regierung vollkommen unabhängige Instanz, z.B. die Europäische Zentralbank.

Eckart Grimm ⁽²³⁾ sieht für diese zentrale Aufgabe ein staatliches, von der Regierung unabhängiges Währungsamt vor. Diese Instanz überweist dem Finanzminister das benötigte Geld zinsfrei und faktisch tilgungsfrei zum allgemeinen Nutzen der öffentlichen Hand. Zinsgeschäfte der privaten Banken wären gemäß Huber nur noch mit dem Geld aus Spareinlagen, also mit Vollgeld, möglich.

3. Zweitwährungsinitiativen

Man muss natürlich realistischerweise davon ausgehen, dass die davon profitierende, kleine, aber sehr mächtige, Gruppe der Reichen diese gravierenden Veränderungen des Geldsystems nicht ohne weiteres gutheißen wird. Ganz im Gegenteil! Deshalb sind die Initiativen von Regionalwährungen in vielen Ländern der Erde, auch in Deutschland ⁽²⁵⁾, sehr zu begrüßen.

Durch diese Initiativen entsteht eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung in Bezug auf die Auswirkungen unseres Geldsystems.

In dem Buch "Regionalwährungen – Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand" geben Margrit Kennedy und Bernard A. Lietaer ⁽²⁶⁾ viele überzeugende Argumente für komplementäre Währungen an.

Hier zusammengefasst einige der Eigenschaften und Wirkungen von regionalen Zweitwährungen:

- Sie sind keine Alternative, sondern eine Ergänzung des heutigen Geldsystems. Sie sollen den Euro also nicht ersetzen, sondern sie werden ihn stabilisieren!
- Sie stiften sozialen, kulturellen und ökologischen Nutzen.
- Sie bieten neue finanzielle Liquidität, dort wo die offizielle Währung knapp und teuer gehalten wird.
- Sie schaffen neue Arbeitsplätze.
- Sie verbessern den sozialen Zusammenhalt.
- Sie sind in Wirklichkeit ein Gewinn für Alle!

Parallel zur Entwicklung von Regionalwährungen muss aber die politische Forderung einer Geldreform im Vordergrund stehen! Die Wählerinnen und Wähler sollten bedenken, dass durch die Verzinsung des Kapitals die Lebenshaltungskosten um 30- 40 % überteuert werden.

Durch den Abbau des Zinseszins- Unwesens würde also eine große Kaufkraftsteigerung bei 90% der Bevölkerung erreicht.

Und was ist mit den profitierenden 10%? Gäbe es auch Vorteile für die Vermögenden selber?

Die Vermögenden könnten natürlich, nach der Geldreform, mit ihrem angesammelten Geld keine exponentiellen Steigerungen ihrer Anlagen mehr erzielen. Aber sie hätten, ganz im Gegensatz zu unserer heutigen Situation, die Gewissheit, dass ihre Geldvermögen über die Jahrzehnte hinweg einen vollkommen stabilen, gleich bleibenden Wert behalten würden. Viele Reiche würden wahrscheinlich selber von einem weltweiten Wirtschafts- und Finanzausammenbruch, stark betroffen sein.

Ein solcher Zusammenbruch ist nach Aussage der Experten mit unserem derzeitigen Geldsystem unvermeidbar!

Als weiteres Argument kann schließlich angeführt werden, dass auch bei einem Reichen keine wirkliche Lebensqualität aufkommen kann, wenn man auf dem letzten blühenden Ast eines bereits abgestorbenen Baumes sitzt! Ganz zu schweigen von der Gefahr zunehmender Kriminalität und eines zunehmenden Vandalismus bei steigender Armut und zunehmender Verbitterung der Menschen.

8. Der Volksentscheid: Eine politische Notwendigkeit?

Die zwei Hauptursachen der wesentlichen Probleme in unserer Gesellschaft wurden angesprochen: Es sind zum einen der falsche Umgang mit der Energie und zum anderen die Auswirkungen unseres unsozialen Geldsystems.

Folglich ist die Lösung der Probleme mit dem notwendigen politischen Willen ohne weiteres möglich.

Wir stellen jedoch fest, dass viele führende Politiker, aus der Wirtschaft kommend, in die Politik einsteigen und nach ihrer aktiven politischen Laufbahn dann wieder in die Wirtschaft zurückkehren. Sogar parallel zur Ausführung ihres Mandates sind viele führende Politiker Mitglieder in den Aufsichtsräten großer Wirtschaftskonzerne. Jean Grossholtz formulierte es so:

„Eine wichtige Sache die alle verstehen sollten - es passiert in den USA und auf der ganzen Welt: Die Regierung selbst wird privatisiert!“

Der bereits zitierte Jean-François Kahn beschreibt die Oberschicht, die Elite, zu der er auch die führenden Politiker zählt, als eine abgekapselte, in ihrem Kokon lebende Gruppe, welche die Probleme der unteren Schichten überhaupt nicht mehr wahrnimmt. Zum Zwecke des puren Machterhalts werden Koalitionen zwischen praktisch allen Parteien möglich, wobei die Personen des Führungskreises aber immer die Gleichen bleiben.

In einem bemerkenswerten Leitartikel schreibt der Redakteur Gerd Zeimers am 28. Oktober 2006 in der belgischen Tageszeitung "Grenz-Echo", über die Ursachen der schädlichen Macht sozialistischer Parteiobere in der Wallonie:

„Auf der Suche nach den Gründen ... stößt man unweigerlich auf jenes Krebsgeschwür, das die Wallonie an einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesundung hindert: die Krake der <particratie>, der Herrschaft der Parteien.“

W.- Robert Needham fordert in seinem Beitrag "Profit as the Root of All Evil – The Devil is in the Details" (2006), niemals zu Privatisieren. Für ihn gibt es keinen freien Markt, sondern nur Markt-Macht und den Verrat ihrer sozialen Verantwortung durch die Mächtigen. Kein geringerer als der bekannte amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz fordert die strenge Reglementierung der Globalisierung und eine echte Demokratisierung der mächtigen Institute, wie dem Internationalen Währungsfond, der heute nur den USA dient. Zu dieser Reglementierung gehören für ihn eine faire Welthandelsordnung, die Minderung der Verschuldung der Entwicklungsländer und die Beschränkung der Macht der multinationalen Konzerne.

Wahrscheinlich kann man den meisten Politikern zu Gute halten, dass sie die wahren Zusammenhänge der Fehlentwicklungen nicht kennen. Wenige aber tragen Verantwortung vor der Menschheit, gemäß dem Satz von Bertholt Brecht: *„Wer die Wahrheit nicht kennt, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher!“*

Die notwendigen politischen Entscheidungen können wir deshalb nicht, als Eigeninitiative, von der führenden politischen Klasse erwarten.

Man kann höchstens darauf setzen, dass durch den zunehmenden Wissensstand der Zivilgesellschaft der Druck von der Strasse so groß wird, dass die politischen Parteien um die Gunst ihrer Wähler fürchten müssen. Dann werden sie sehr schnell in die gewünschte Richtung umschwenken.

Der Druck eines möglichen Volksentscheids, des Referendums mit Gesetzeskraft, würde mit Sicherheit wesentlich schneller zum Ziel führen. Langfristig denkende und nur der "guten" Sache verpflichtete Politiker würden gegenüber ihren, der Wirtschafts- und Finanzmacht dienenden, politischen Kollegen und gegenüber den Medien gestärkt werden. So könnten dann Entscheidungen erreicht werden, die heute für politische Parteien und angegliederte Institutionen unmöglich denkbar sind.

Schnelles "Umdenken" und die Stärkung der uneigennützig handelnden Politiker ist auch für die rechtzeitige Lösung des dringlichsten Problems unserer Gesellschaft, dem Klimawandel, unumgänglich. Indirekt wurde dieses wesentliche Thema in den vorherigen Kapiteln bereits mehrfach angesprochen und ein separater Beitrag über den Klimawandel war eigentlich nicht vorgesehen. Nach Gesprächen mit mehreren jungen Familien erfuhr ich jedoch erstmals, wie viel Sorge, ja wie viel regelrechte Angst das Thema des Klimawandels inzwischen bei jungen Menschen auslöst. Deshalb im nächsten Kapitel dazu einige Mut machende Anmerkungen.

9. Viel Positives zu: Klimaschutz durch Nullemissionspolitik – ohne Atomenergie !

Inzwischen herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass der Klimawandel eine Realität ist. Die Experten sind einstimmig der Meinung, dass dieser Klimawandel vorwiegend (zu 80%) durch die Verbrennung von Kohle, Mineralöl und Erdgas entsteht.

Das Problem, und das ist eine erste positive Erkenntnis, ist somit klar definiert, sogar zunehmend auch in politischen Kreisen. Siehe dazu z.B. den Film von Al Gore "Eine unbequeme Wahrheit" und das Buch von Tim Flammery "Wir Wettermacher". Es leuchtet außerdem vollkommen ein, dass nur eine Nullemissionspolitik für Treibhausgase diese Klimaerwärmung in erträglichen Grenzen halten kann. ⁽²⁷⁾

Somit lässt sich folgendermaßen schlussfolgern: Wenn die notwendigen Maßnahmen jetzt ergriffen werden, dann bestünde für die heutige Generation der 20 bis 40-Jährigen kein Grund zur Angst vor der Klimaerwärmung.

Worin bestehen nun diese notwendigen Maßnahmen?

Dazu muß folgende Frage beantwortet werden: Womit sollen Kohle, Mineralöl und Erdgas ersetzt werden? Wie kann, anders ausgedrückt, eine Null-Emission von Treibhausgasen mit der notwendigen und ausreichenden Energieversorgung vereinbart werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden in den Beiträgen der Medien und in der öffentlichen Meinung derzeit 2 mögliche Strategien berücksichtigt:

1. Klimaschutz durch rationelle Energienutzung (REN) und durch den Ausbau sowohl der Atomenergie als auch der Erneuerbaren Energien (EE), und
2. Klimaschutz durch REN und Ausbau bzw. Nutzung der Erneuerbaren Energien OHNE Re-Aktivierung der Atomenergie

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass sich die Betreiber der Kernkraftwerke, die ebenfalls die Betreiber der konventionellen Kraftwerke auf Basis von Kohle, Erdöl und Erdgas sind, intensiv für eine Strategie unter Einbezug der Kernenergie einsetzen. Deshalb werden heute zunehmend die Laufzeitverlängerung der bestehenden Atomkraftwerke, der Neubau von Kernkraftwerken und die massive Förderung der Forschung in Fusionstechnologien mit öffentlichen Geldern gefordert und bereits praktiziert.

Wie stark die Lobby der Atomkraftwerksbetreiber ist, erkennt man auch daran, dass obwohl man mit wenigen Sätzen die Untauglichkeit der Atomenergie-Strategie für den Klimaschutz nachweisen kann, die politischen Führungskräfte in den Industrienationen die Atom-Option weiterhin offen halten.

Ein Festhalten an der Atomenergie schützt aber nicht das Klima, sondern führt ganz im Gegenteil zu einer weiteren massiven Klimaerwärmung. Warum?

Die Antwort ist ganz einfach:

Das Klima ist international, die Klimaerwärmung erfolgt auf globaler Basis.

Die Nutzung der Kernenergie wird immer nur wenigen reichen Ländern möglich sein. Die anderen Länder werden also ihren zunehmenden Energiebedarf mit Kohle, Erdöl und Erdgas decken, und den Klimawandel verstärken.

Es sei denn, die reichen Industrienationen entwickeln – beispielhaft – ihre Energieversorgung gemäß der 2^{ten} Strategie: **REN und 100% Energiebedarfsdeckung mit Erneuerbaren Energien.**

Dass diese 2^{te} Strategie realistisch und effektiv ist, belegen fundierte wissenschaftliche Studien.^(1,30,31) Auch das ist eine sehr positive und Mut machende Erkenntnis!

Diese Strategie umfasst 3 Elemente:

1. Energieeinsparung und Effizienzsteigerung,
2. Nutzung aller Formen der Erneuerbaren Energien (EE), und
3. Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.

Seit Jahrzehnten betreibt die konventionelle Energiewirtschaft eine verantwortungslose Falschinformation der Öffentlichkeit durch Schlechtreden des Potenzials der EE. Auch die Politik wird von diesen Konzernen in dieser Hinsicht intensiv beeinflusst.

Zum Potential der EE einige Zahlen: Weltweit stammt etwa 20% der genutzten Energie aus EE und nur 3,3% werden von Kernkraftwerken abgedeckt. In nur 5 Jahren konnte in Deutschland, dank einer günstigen Gesetzgebung, der Anteil der EE zur Stromerzeugung auf 11% verdoppelt werden! Das weltweite theoretische Potential der EE beträgt etwa 50.000 Mal das weltweite Elektrizitätsaufkommen und das technische Potential der EE beträgt immerhin noch das 20-fache des Weltstromaufkommens.

Zuletzt stellt sich dann die Frage:

Wie viel Zeit bleibt uns noch?

Diese Frage ist im Grunde schon beantwortet. Weil der Klimawandel bereits Realität ist und sich mit jeder weiteren Emission von Treibhausgasen verstärkt, kann die einzige Antwort nur lauten: Zeit bleibt keine mehr!

Jeder Staat, jedes Land, jede Gemeinde und jeder Bürger steht in der eigenen Verantwortung einer Nullemission von Treibhausgasen.

Die dezentrale Nutzung der Solarenergien (Wind, Wasser, Biomasse, Solarstrahlung) bietet zudem – im Gegensatz zur zentralen konventionellen Energieversorgung – die ungemein positive und spannende Chance lokaler und regionaler Kooperation und Netzwerkbildung. ⁽²⁸⁾

Durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sind in Deutschland bereits nach wenigen Jahren viele Kooperativen zur Nutzung der Windenergie sowie zur Erzeugung von Strom und Wärme in Biogasanlagen entstanden. Die Landwirtschaft profitiert ebenfalls, in dem sie biologische Treibstoffe und erneuerbare Rohstoffe für chemische Prozesse produziert und vermarktet. Industrie, Handwerk und Forschung finden ein weites Betätigungsfeld in den Bereichen Nutzung der Solarstrahlung und aller Formen der EE, Energieeinsparung, Effizienzsteigerung und im weiten Feld der Energiespeicherung.

Mit den Erneuerbaren Energien eröffnen sich - neben der Wahrung der Überlebenschance - neue Möglichkeiten für eine Ressourcen schonende Wirtschaft sowie für eine stärkere Solidarität, größeren Wohlstand und größere Lebensqualität in der Gesellschaft.

Es gilt der Leitsatz: „Wohlstand und Klimaschutz, statt Treibhauseffekt und Atomenergie“!

10. Zusammenfassung

Die ungelösten Probleme in unserer Gesellschaft verlangen neue Denkansätze. Hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut, zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hand, trotz weiter wachsender Wirtschaftsleistung und vor dem Hintergrund weltweit agierender Wirtschaftskonzerne erfordern einen neuen Blick auf die altherwürdigen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.

Sie erfordern die ausgewogene Berücksichtigung des mächtigsten Produktionsfaktors, nämlich des Produktionsfaktors "Energie". Ein progressiv und vorausschaubar ansteigender Energiepreis mit gleichzeitiger Senkung der so genannten Lohnnebenkosten ist ein erstes Schlüsselement der Neuorientierung. Nur bei einem hohen Energiepreis werden Energieeinsparen und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen endlich zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, und nur dann werden die Kapitaleigner wieder in arbeitsintensive Betriebe investieren.

Die Massenarbeitslosigkeit, der drohende Bankrott unserer sozialen Sicherungssysteme, die ausufernde Bürokratisierung, die Umweltproblematik erfordern auch ein Umdenken im Hinblick auf die Auszahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) und in Bezug auf die dringend notwendige Reform des Geldwesens.

Geld ist ein Tauschmittel und darf deshalb nicht selber eine Tauschware sein. Der Zins und Zinseszins müssen durch eine Nutzungsgebühr ersetzt werden, und die Geldhoheit gehört zurück in die Hand des Staates: Neben der Legislative, der Exekutive und der Justiz brauchen wir also eine von der Regierung unabhängige, nur dem Volk Rechenschaft schuldige, "vierte Gewalt", z.B. die Nationalbank in der Funktion eines unabhängigen

Währungsamtes. Das Argument, dass dadurch erneut eine kommunistische Planwirtschaft eingeleitet würde, kann nicht greifen, weil die privaten Geschäftsbanken ja nicht abgeschafft werden sollen, sondern es sollen lediglich die unmoralischen Folgeerscheinungen, ausgelöst durch das automatisch ablaufende, exponentielle Wachstum der Geldvermögen, beseitigt werden. ⁽²⁴⁾

In unserer heutigen, von sehr viel Geiz geprägten Gesellschaft, ist es schwer den Menschen klarzumachen, dass der Zinsertrag auf das Sparbuch kein himmlisches Manna ist, sondern dass 80% von ihnen, trotz ihrer Zinserträge, massiv zuzahlen, und dass sie eigentlich ausgebeutet werden.

Das BGE ermöglicht in dieser Situation eine harmonische Neuorientierung des globalisierten Finanzmarktes. Zu Recht prangern wir das Geschäftsgebaren von weltweit agierenden Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds und privaten Geschäftsbanken an: Sie sind ausschließlich auf finanziellen Profit ausgerichtet, wenn sie z.B. gut funktionierende Unternehmen aufkaufen, "sanieren" d.h. maximal Personal entlassen und dann diese Unternehmen mit Profit weiterverkaufen.

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass wir möglicherweise selber, ohne es zu ahnen, an diesem Finanzgeschäft partizipieren, dann nämlich, wenn wir z.B. zur Aufstockung unserer späteren Rente in eben solch einen Investment- Versicherungs- oder Pensionsfonds einzahlen, und dann ebenfalls die größtmögliche Rendite erwarten. Das BGE kann aber auch solche "erworbenen Rechte" problemlos auffangen und ersetzen.

11. Schlussgedanken

Die Botschaft dieser kurzen Abhandlung soll im Grunde eine durchaus positive Mitteilung sein:

Die Probleme in unserer Gesellschaft sind ALLE lösbar!

Bei der Lösung spielen ein hoher Energiepreis und die Reform des Geldsystems eine ganz entscheidende Rolle. Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist der Schlüssel zum "Um- Denkungsprozess": Das BGE stärkt die Eigenständigkeit des Individuums und fördert zur gleichen Zeit die Solidarität der Menschen untereinander.

Mahatma Gandhi prägte den Satz:

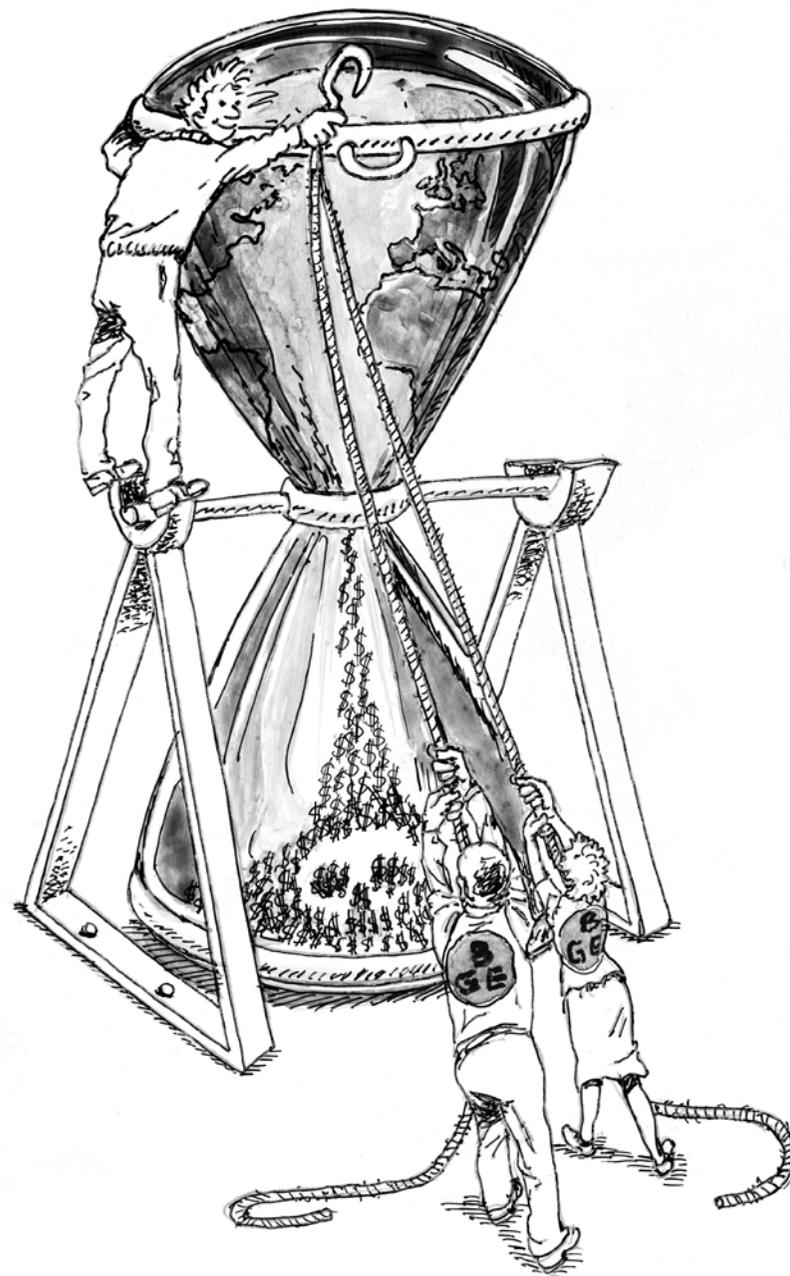
„Die Welt hat genug für alle! Aber nie genug für die Gier mancher!“

Was stimmt mich optimistisch, dass uns das UM- Denken noch rechtzeitig gelingt?

Es ist das Kommunikationsmittel der Globalisierung, das Internet. Dieses Medium lässt sich noch nicht unter die Kontrolle der Reichen und Mächtigen stellen. Es ermöglicht einen fast blitzschnellen Gedankenaustausch über Kontinente hinweg. Die Wahrheit über unfaire Strukturen und Funktionsweisen, wie zum Beispiel beim Geldsystem, die Wahrheit über die Ausbeutung der Ressourcen und die schleichende Zerstörung unseres blauen Planeten unter anderem durch die Klimaerwärmung, kann nicht mehr, so wie vor der Internet-Ära, verschleiert werden.

Rechtzeitiges "UM-Denken" wird uns dazu veranlassen, die Sanduhr, die unseren blauen Planeten im oberen Teil einschließt, rechtzeitig umzudrehen. Im Würgegriff der Profit suchenden Konzerne verrinnt unsere Erde heute, Korn um Korn, mit jeder aussterbenden Pflanzen- und Tierart. Übrig bleibt nur ein Haufen nutzloser Geldscheine.

Wenn wir die Sanduhr aber gemeinsam umdrehen, wenn wir also um-denken, dann wird unser wunderschöner Planet, morgen, wohlbehalten im Weltall schwebend, auch unseren Kindern und Enkelkindern dienen, so wie er uns und unseren Vorfahren schon seit Millionen von Jahren so wunderbar gedient hat.



12. Danksagungen

Dem Verfasser des Vorwortes, Herrn Günter Sölken, gebührt zu allererst mein Dank: Ohne seinen Ansporn, im Anschluss auf einen meiner Vorträge zu diesem Thema, hätte ich diese Niederschrift nicht verfasst.

Danke auch dem Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V. ⁽²⁹⁾ für die Erlaubnis, die Skizzen und Karikaturen der "Solarbriefe" zum Thema der Energiesteuern benutzen zu dürfen.

Den ersten Hinweis auf die Fehler in unserem Geldsystem erhielt ich von Paul Nollen und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe zur Geldthematik bei VIVANT-Flandern: Ihm und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe gebührt deshalb mein herzlicher Dank.

Dank an Hubert Schäfer für die Erstellung der Zeichnung auf der Titelseite, und an Andreas Hock für die Umschlaggestaltung, sowie des "Lay-out" der Niederschrift.

Und schließlich danke ich den Mitstreiterinnen und Mitstreitern der VIVANT-Bewegung und Partei für viele wertvolle Anregungen und für die redaktionellen Hinweise.

Joseph Meyer

13. Bibliographie

1. Studie für die Europäische Kommission: "Long-Term integration of renewable energies into the European energy system", Physica Verlag Heidelberg, 1997, ISBN 3-7908-1104-1
2. Wolf v. Fabek, "Gegen die Arbeitslosigkeit- Energiesteuern statt Lohnsteuern und Sozialabgaben", Solarbrief 1/04, Seite, 4-12, 2004
3. Helmut Creutz, Das Geldsyndrom, 2001, Seite 408, ISBN 3-928493-46-9
4. Wolf von Fabek, "Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit- Aber wie?" Solarbrief- Sonderheft, Oktober 2005, Seite 4-11
5. Kümmel Reiner, "Energie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung" in Solarbrief 1/04, Seite 13-23, 2004
6. Titelblatt der Zeitschrift "Energie und Zukunft", Ausgabe 1, Juni 2006
7. Grahl Jürgen, "Umsteuern durch Energiesteuern", Solarbrief-Sonderheft, Seite 12 – 19, Oktober 2005, ISSN 0946-8684
8. Kessler Wolfgang, Weltbeben- Auswege aus der Globalisierungsfalle, Seite 92, 2002, ISBN 3-88095-125-X
9. Geldwesen: www.geldreform.de, www.freiwirte.de, www.INWO.de, www.socialcurrency.be, www.monies.cc, www.systemfehler.de
 - Kennedy M., Libérer l'argent de l'inflation et des taux d'intérêts, ISDN 0-88058-161-3
 - A Privatised Money Supply
www.basicincome.com/basic_banks.htm
 - Pilote A., La dette publique,
www.praxion.org/article.php3?id_article=6

- Huber J., Robertson J. Creating New Money:
www.jamesrobertson.com/book/creatingnewmoney.pdf
10. Max von Bock: Online Videoanimation über das Wesen des Geldes:*www.goldseiten.de/content/diverses/artikel.php?storyid=3552*
11. Kennedy Margrit, Geld ohne Zinsen und Inflation, 1990, Goldmann Verlag, ISBN 3-442-12341-0
12. Haussmann Heinrich, Der Josephspfennig, Pro-Future-Capital-ag-Info-dienst, Jahrgang 3, Oktober 2003
13. Prengel R., "Wirtschaftskrisen und warum sie eigentlich Geld-krisen heißen müssten" Internet:
www.freiwirte.de, "Textbeiträge"
14. Titelblatt der Zeitschrift "Solarbrief-Sonderheft", Oktober 2005, ISSN 0946-8684
15. BGE - Geschichtlicher Hintergrund:
www.etes.ucl.ac.be/bien/BI/HistoryBI.htm und
www.etes.ucl.ac.be/bien/BIEN/HistoryBIEN.htm
16. *www.grundeinkommen.de*, *www.socialcurrency.be*,
www.basicincome.be, *www.untersimm-die-Zukunft.de*
17. Duchâtelet Roland, N.V.Belgie – Verslag Aan De Aandeelhouders, 1994, Globe, ISBN 90-5312-133X
18. Duchâtelet Roland, De Weg Naar Meer Netto Binnenlands Geluk, 2004, ISBN 90 5617 5769
19. Le Programme de VIVANT, 2003, *www.vivant.org*
20. Werner Götz, Die Wirtschaft befreit die Menschen von der Arbeit, *www.attac.de/genug-fuer-alle/cms/readarticle.php?article_id=13*
21. Althaus Dieter, Das solidarische Bürgergeld,
www.d-althaus.de
22. Solarbrief 3/06, Seite 12, ISSN 0946-8684

23. Grimmek Eckhardt, Das Geld muss verstaatlicht werden! Anmerkungen zum Freigeld Silvio Gesells, 2000, Der Dritte Weg, 31, Heft 5, S.24-25, Treuchtlingen
24. Huber Joseph, Reform der Geldschöpfung-Wiederherstellung des staatlichen Geldregals durch Vollgeld, Zeitschrift für Sozialökonomie, Nr. 142, Sept.2004, S.13-21, ISSN 0721-0752
25. *www.Regiogeld.de*, *www.margritkennedy.de*,
www.res.be, *www.accessfoundation.org*
26. Kennedy Margrit, Litaer Bernard A., Regionalwährungen– Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand, 2004, ISBN 3-570-50052-7
- 27:Fell H.-J. u.a., Die Klimakatastrophe lässt sich nur mit einer Nullemissionsstrategie abwenden, Solarzeitalter, 4/2006, ISSN-Nr. 0937-3802
- 28:Paulitz H., Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch dezentrale Energiegewinnung, Solarzeitalter, 4/2006, ISSN-Nr. 0937-3802
- 29.Solarenergie-Förderverein Deutschland e.V., Internet: *www.sfv.de*
- 30.*www.eurosolar.org*
31. Waffenschmidt E., 100% Erneuerbare Energien sind möglich, *www.waffenschmidt.homepage.t-online.de*

